

**Fachliche Prüfung
des TIWAG-Optionenberichtes
über mögliche Standorte
künftiger Wasserkraftnutzung in Tirol**

Reaktionen

Amt der Tiroler Landesregierung
Abteilung Raumordnung-Statistik

Innsbruck, am 31. August 2005

Inhaltsverzeichnis

- 1. Einleitende Bemerkungen**

- 2. Übersicht über die eingelangten Reaktionen**
 - 2.1 Stellungnahmen von Institutionen
 - 2.2 Stellungnahmen von Einzelpersonen

- 3. Thematische Schwerpunkte der eingelangten Stellungnahmen**
 - 3.1 Energiepolitik
 - 3.2 Kommunikation und Transparenz
 - 3.3 Methode und Verfahren der fachlichen Prüfung
 - 3.4 Weiteres Vorgehen

- 4. Stellungnahmen in Bezug auf einzelne Optionen**
 - 4.1 Optionen der Gruppe 1
 - 4.2 Optionen der Gruppe 2
 - 4.3 Optionen der Gruppe 3

1. Einleitende Bemerkungen

Der Synthesebericht über die fachliche Prüfung des TIWAG-Optionenberichtes wurde am 8. Juli 2005 den politischen Entscheidungsträgern, den Sozialpartnern, den Bürgermeistern, den NGO`s und der Öffentlichkeit vorgestellt.

Landeshauptmann DDr. Herwig van Staa lud dabei alle Beteiligten und die Öffentlichkeit ein, bis 8. August erste Äußerungen zum Prüfbericht in Form von Stellungnahmen, Anfragen, Kritik usw. abzugeben.

Die vorliegende Dokumentation und Auswertung dieser Äußerungen wurde dem Landeshauptmann bzw. der Landesregierung als zusätzliche Information und Entscheidungshilfe vorgelegt.

Die einzelnen Stellungnahmen werden selbstverständlich vom Amt der Landesregierung beantwortet, wobei tlw. umfangreiche Fragenkataloge übermittelt wurden.

Die Tiroler Wasserkraftwerke AG wurde nunmehr mit der Durchführung vertiefender Studien beauftragt. Dabei wird sich das Unternehmen mit allen eingelangten Stellungnahmen intensiv fachlich auseinandersetzen und alle betroffenen Grundeigentümer, Nutzungsberechtigten, Gemeinden und Institutionen informieren müssen.

2. Übersicht über die eingelangten Stellungnahmen

Mit Stand vom 23. August 2005 – zwei Wochen nach Ende der Stellungnahmefrist - sind 62 Äußerungen von Institutionen und 73 Äußerungen von Einzelpersonen bei der Abteilung Raumordnung-Statistik direkt oder im Wege über das Büro Landeshauptmann eingelangt.

Auf die Seiten mit den Ergebnissen der fachlichen Prüfung im Internet wurde im Zeitraum vom 1. Juli bis zum 19. August etwa 5000 mal zugegriffen, der Synthesebericht etwa 7.000 mal und die Prüfmethode etwa 1.100 mal heruntergeladen.

Der inhaltliche Fokus der eingelangten Äußerungen lag einerseits bei grundsätzlichen energiepolitischen Fragestellungen, andererseits bei Vorbringen zu konkreten Kraftwerks-Optionen. Bei Letztgenannten gab es klare Schwerpunkte bezüglich der Optionen 2, 3 und 5 (Ötztal, Pitztal, Kaunertal), 9 (Stubai- und Gschnitztal) sowie 15 (Matrei-Raneburg).

Es liegt in der Natur der Sache, dass sich weit überwiegend die kritischen Stimmen zu Wort gemeldet haben. Dies hängt ursächlich damit zusammen, dass der Nutzen großer Kraftwerke großräumig wirkt, die realen oder befürchteten problematischen Auswirkungen sich hingegen auf den unmittelbaren Standort der Anlagen konzentrieren. Damit entsteht aus lokaler und regionaler Sicht zweifellos eine unausgewogene Kosten-Nutzen-Relation. In Bezug auf die landesweite „Stimmungslage“ tragen die eingelangten Äußerungen zu einem derzeitigen Gesamtbild bei, bilden es aber nicht zur Gänze ab. Die Reaktionen aus einzelnen Talschaften sind hingegen breit fundiert und dürften dem dortigen Meinungsbild sehr nahe kommen.

2.1 Stellungnahmen von Institutionen

Von den 62 Äußerungen von Institutionen stammen 13 von Institutionen mit landesweiter Aufgabenstellung. Darunter zwei von Landtagsklubs bzw. Parteien, zwei von Sozialpartnern und fünf von Nichtregierungs-Organisationen (NGO'S – alpine Vereine und Umweltverbände). Die weiteren institutionellen Äußerungen sind von regionalen Einrichtungen ausgegangen, darunter elf Gemeinden, sechs Tourismusverbände und elf Agrargemeinschaften bzw. –interessenschaften.

Ifde. Nr.	Name, Ort	Eingangsdatum	Inhalt (Erläuterung am Tabellenende)						
			a	b	c	d	e	f	g
1	BLK und Bezirksbauernrat Lienz	18.7.05					x		
2	LT-Klub der Freien, lbk.	19.7.05	x						
3	Tourismusverband Pitztal	26.7.05					x		
4	Verein Naturpark Kaunergrat, Vorstand	27.7.05						x	
5	Gemeinde St. Leonhard i.P.	27.7.05						x	
6	WWF Österreich	1.8.05	x		x				
7	DAV, Sektion Berlin	1.8.05			x			x	
8	Tiroler Tourismusvereinigung	2.8.05	x		x		x	x	x
9	Ortsbauernrat Matrei i.O.	3.8.05				x	x		
10	Agrargemeinschaft Raneburg	3.8.05					x		
11	Nationalpark Hohe Tauern	4.8.05			x		x		
12	Fischereiverein Neustift i. St.	4.8.05				x	x		x
13	Fischerei-Gesellschaft Innsbruck	4.8.05	x				x		x
14	Notgemeinschaft „Rettet die Isar jetzt“ e.V.	5.8.05					x		
15	Österreichischer Alpenverein und Sektionen Matrei i.O., Lienz inkl. Fragenkatalog, Stubai, Sillian, Innerötztal, Vorderötztal, Umhausen, Landesnaturschutzreferent, Tiroler Bergwacht-Villgraten	5.8.05	x	x	x	x	x	x	x
16	Agrargemeinschaft Taschachalpe	25.3.05						x	
17	Aktionsbündnis Ötztal	8.8.05		x	x	x	x	x	
18	Agrargemeinschaft Sulztal Alpe	2.8.05						x	

Stellungnahmen von Institutionen - Fortsetzung									
19	Transalpine Ölleitung Ges.m.b.H.	4.8.05					x		
20	Gemeinde Sölden – endgültige Stn. bis Ende August angekündigt	8.8.05						x	
21	DAV, Sektion Breslau	8.8.05						x	
22	Ideenforum Osttirol	8.8.05	x				x		x
23	Marktgemeinde Matrei i.O.	5.8.05		x		x	x		
24	Osttiroler Kajakclub	8.8.05	x	x			x		x
25	Agrargemeinschaft Nachbarschaft Raneburg, Matrei i.O.	8.8.05					x		
26	TVB Nationalparkregion Hohe Tauern	8.8.05				x	x		x
27	Landeslandwirtschaftskammer Tirol	8.8.05	x	x	x	x			
28	Die Grünen Tirols	8.8.05	x	x	x	x			
29	Tiroler Fischereiverband	8.8.05			x	x			
30	Gemeinde Neustift im Stubaital	9.8.05	x	x	x		x		x
31	Deutscher Alpenverein	9.8.05	x	x	x	x			
32	TVB Wipptal, Ortsstelle Trins	9.8.05					x		x
33	Agrargemeinschaft Gries/Sulztal	9.8.05						x	
34	Agrargemeinschaft Prosegg-Kaltenhaus	9.8.05					x		
35	Landesumweltanwalt	9.8.05	x		x	x			
36	Verein zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol	9.8.05	x				x		x
37	FPÖ Tirol, Mag. Gerald Hauser	8.8.05	x			x	x		
38	Grüne Osttirols	8.8.05	x		x	x			
39	Naturfreunde, Paddelsektion Innsbruck	10.8.05	x		x		x	x	x
40	Agrargemeinschaft Weideinteressentschaft Seblas-Klausen	10.8.05					x		x
41	DAV Sektion Bremen e.V.	10.8.05					x		x

Stellungnahmen von Institutionen - Fortsetzung									
42	TVB Wipptal, Ortsstelle Gschnitz	10.8.05					x		x
43	Bgm. Rastner, Mühlbachl	10.8.05		x			x		
44	Interessenschaft Laponesalm	10.8.05					x		
45	Interessenschaft Simming-Traul	10.8.05					x		
46	Grundbesitzer im Gebiet Laponesalm und Simming-Traul	10.8.05		x			x		
47	Agrargemeinschaft Gschnitz	10.8.05					x		
48	Tourismusverband Wipptal und seine Seitentäler	10.8.05					x		x
49	Gemeinde Trins	10.8.05					x		x
50	Gemeinde Gschnitz mit Unterschriftenliste	10.8.05					x		x
51	Region 15 Stubaital	10.8.05					x		x
52	Gemeinde Achenkirch und Eben	10.8.05	x				x		
53	Alpenvereinsjugend	10.8.05	x	x	x				
54	Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol	10.8.05	x	x	x	x			
55	Gemeinde Pettneu, Agrargemeinschaft und TVB Ortsstelle Pettneu	11.8.05	x						x
56	Marktgemeinde Jenbach	9.8.05					x		
57	Gemeinde Kaunertal	5.8.05		x	x			x	
58	Global 2000	12.8.05	x						
59	Tiroler Naturfreunde	16.8.05	x	x	x	x			
60	DAV, Sektion Hildesheim	17.8.05						x	
61	DAV, Sektion Sulzenau	19.8.05	x		x		x		x
62	Planungsverband Wipptal	23.8.05				x	x		x

Die Reaktion betrifft:

- a Energiepolitik
- b Kommunikation und Transparenz
- c Methode und Verfahren der fachlichen Prüfung
- d weiteres Vorgehen
- e Optionen der Gruppe 1
- f Optionen der Gruppe 2
- g Optionen der Gruppe 3

2.2 *Stellungnahmen von Einzelpersonen*

Von den 73 Äußerungen von Einzelpersonen stammen 41 aus Tirol, 20 aus anderen Teilen Österreichs und 12 aus dem Ausland, v.a. aus Deutschland.

Reaktionen von Einzelpersonen erfolgten auch in Form der Übermittlung von Unterschriftenlisten. In der Dokumentation sind diese jeweils als ein Eingang erfasst. Im Detail handelte es sich um folgende:

- „Matreier Frauen gegen das Pumpspeicherwerk im Tauerntal“;
- „Matreier gegen das Pumpspeicherwerk Raneburg-Hinterau“;
- Unterschriftenliste in Gschnitz.

Des weiteren wurde vom Aktionsbündnis Ötztal mitgeteilt, dass im mittleren und hinteren Ötztal eine Unterschriftenaktion noch voraussichtlich bis zum Frühherbst läuft.

Weiters sind auf Grund einer vom Deutschen Alpenverein (DAV) organisierten Postkartenaktion Mitteilungen von DAV-Mitgliedern eingelangt, mit dem Appell, „bei den Überlegungen zur Wasserkraftnutzung den unwiederbringlichen Wert der alpinen Gebirgswelt zu berücksichtigen, die einzigartigen Täler nicht in Stauseen versinken zu lassen und die Bäche und Flüsse in ihrem natürlichen Zustand zu erhalten“.

3. *Thematische Schwerpunkte der eingelangten Stellungnahmen*

Thema	StN von Institutionen		StN von Einzelpersonen	
	Nennungen	%	Nennungen	%
Energiepolitik	23	16	22	17
Kommunikation, Transparenz	14	9	16	12
Methode u. Verfahren d. Prüfung	19	13	13	10
weiteres Vorgehen	17	12	4	3
Optionen, Gruppe 1	40	27	54	41
Optionen, Gruppe 2	13	9	5	3
Optionen, Gruppe 3	21	14	18	14
Summe	147	100	132	100

In der thematischen Zuordnung sieht man, dass das Schwergewicht der Stellungnahmen im allgemeinen Teil sowohl bei den Institutionen wie auch bei den Einzelpersonen bei der Energiepolitik liegt. Bei den Institutionen wurden die anderen Themenfelder etwa in gleicher Stärke bearbeitet, auffällig sind hier im Gegensatz zu den Einzelpersonen die Stellungnahmen zum weiteren Vorgehen.

Bei den Stellungnahmen zu den im Synthesebericht gebildeten Optionengruppen liegt das Schwergewicht mit jeweils der Hälfte bzw. zwei Drittel der Stellungnahmen bei der Gruppe 1 und hier wiederum überwiegend bei der Option 15 Matri-Raneburg vor der Option 9 Ausbau der Kraftwerksgruppe Sellrain-Silz durch Beileitung von Wasser aus dem Stubai- und Gschnitztal.

3.1 Energiepolitik

Zahlreiche Äußerungen befassen sich mit grundsätzlichen energie- und unternehmenspolitischen Fragen. Dabei lassen sich folgende Schwerpunkte erkennen:

Es gibt Kritik, dass die Kraftwerkspläne der TIWAG nicht in eine umfassende Energiepolitik eingebettet sind bzw. keine klaren energiepolitischen Ziele vorliegen. Der klare Bezug zum Energieleitbild Tirol 2000 – 2020 wird vermisst. Zugleich wird dessen Unverbindlichkeit kritisiert und eine Neuerstellung gefordert. Angesprochen wird auch die Verknüpfung der Energiepolitik mit der gesamten Landesentwicklung einschließlich Fragen der wechselseitigen Verträglichkeit von Wasserkraftnutzung und Tourismus.

Von verschiedenster Seite wird es als grober Mangel bezeichnet, dass keine explizite Befassung mit Fragen des Energiesparens, des Energiemanagements, der Forcierung alternativer erneuerbarer Energien bzw. entsprechender neuer Technologien sowie der Effizienzsteigerung der bestehenden Kraftwerke und Netze erfolgte.

Vielfach wird Unklarheit über die tatsächliche Strombedarfssituation in Tirol geltend gemacht und es werden die Mechanismen des europäischen Stromverbundes hinterfragt (z.B. Sinnhaftigkeit der Pumpspeicherung, Bedeutung des Spitzenstroms).

Weiters wird die Vermutung geäußert, dass die Kraftwerkspläne primär der Gewinnerzielung und nicht so sehr der Landesversorgung dienen. Dies spielt in regionaler Hinsicht besonders in Osttirol eine Rolle (Verkauf des dort erzeugten Stroms nach Italien – Werbeplattform der TIWAG). Es wird auch die Vermutung geäußert dass neue Kraftwerke als „Mitgift“ für die Beteiligung anderer Kraftwerksgesellschaften dienen sollen.

Schlussfolgerungen:

Die Frage einer strategisch ausgerichteten gesamthaften Tiroler Energiepolitik bedarf zweifellos einer ernsthaften Diskussion.

Aus der Breite, mit der Fragen nach der Notwendigkeit von Kraftwerksprojekten gestellt werden, ist ein entsprechender Bedarf an objektiver Information klar abzuleiten. Die diesbezüglich in den letzten Monaten von der TIWAG im Rahmen ihrer Werbeoffensive gegebenen Informationen werden vielfach nicht als objektiv bzw. glaubwürdig angesehen.

Ausgehend von den eingelangten Fragenkatalogen sollte eine Arbeitsgruppe des Amtes der Landesregierung bis Herbst eine Unterlage zu diesen grundsätzlichen Fragen erstellen.

3.2 Kommunikation und Transparenz

Die bisherige Informationspolitik der TIWAG wird mehrfach kritisiert (elementare Schritte zu einer akzeptierten Energiepolitik wurden unterlassen, reine Gewinnabsichten scheinen im Vordergrund zu stehen).

Massiv kritisiert wird ebenso die unzureichende Einbindung der Betroffenen vor Ort, zu kurze Stellungnahmefristen, fehlende Informationen auch an die betroffenen Unterlieger und der als geringschätzig empfundene Umgang mit kritischen Meinungen.

In Bezug auf die fachliche Prüfung des TIWAG-Optionenberichtes werden mehrfach die Offenlegung der Detailexpertisen sowie nähere Informationen über das Bewertungssystem gefordert.

Schlussfolgerungen:

Die expliziten Wortmeldungen zum Thema „Kommunikation und Transparenz“ sind nicht sehr zahlreich. Das darf allerdings nicht darüber hinweg täuschen, dass sich implizit der Vorwurf einer mangelhaften Kommunikation wie ein roter Faden durch einen Großteil der Äußerungen zieht.

Für das weitere Vorgehen ist dieser Aspekt daher von vorrangiger Bedeutung (siehe auch nächster Punkt).

3.3 Methode und Verfahren der fachlichen Prüfung

Die diesbezüglichen Reaktionen beziehen sich auf formale, methodische und inhaltliche Fragen sowie zur Schlüssigkeit des Bewertungsergebnisses.

In formaler Hinsicht werden in einer Stellungnahme Bedenken geäußert, dass es durch diesen Prüfungsvorgang zu einer einseitigen Bevorzugung der TIWAG gekommen sei. Ebenso wird punktuell die Frage nach der tatsächlichen Unabhängigkeit dieser Prüfung und nach deren Kosten gestellt, bzw. warum nicht eine gänzliche Beauftragung von Externen erfolgte. Eine Stellungnahme stellt den Prüfauftrag als solchen in Frage.

In Bezug auf die Prüfmethode bezieht sich die gravierendste Kritik auf die Beurteilung der sozialen Akzeptanz, die ohne direkte Einbindung der Betroffenen erfolgte. Unklarheiten bestehen auch in bezug auf die Beurteilung und Wertung der regionalen und lokalen Auswirkungen (z.B. lokale Auswirkungen durch Muren, regionale durch die Hochwasserdämpfung).

Weiters werden die nicht erfolgte Verknüpfung mit dem Leitbild ZukunftsRaum Tirol und die Nichtbehandlung energiepolitischer Grundsatzfragen (z.B. Energiesparen) kritisiert.

Diskussionsbeiträge gibt es auch zum zu Grunde gelegten Begriff der Nachhaltigkeit. Es wird in diesem Zusammenhang u.a. auch gefragt, ob die im Prüfbericht vorgenommene Gleichgewichtung der vier Nachhaltigkeitsfelder auch für die Politik relevant sein wird. Angesprochen wird auch die nicht durchgeführte Verknüpfung mit regionalen Nachhaltigkeitsstrategien.

Es werden auch fehlende Vorgaben der Raumordnung, fehlende Angaben zu juristischen Problemen (auch seitens des Landesumweltanwaltes) bezüglich des Grundeigentums, der Durchsetzbarkeit von Naturschutzbelangen u.a.m. urgiert.

Hinsichtlich der Prüfinhalte werden von verschiedener Seite unterschiedliche Lücken oder zu geringe Bearbeitungstiefen geortet. Angesprochen werden in diesem Sinne v.a. eine unzureichende Beachtung der Bedeutung des Tourismus und des Alpinismus sowie der Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die fehlende Berücksichtigung der Belange der Fischerei, die weitgehende „Ausblendung“ der regionalwirtschaftlichen Effekte, eine unzureichende Berücksichtigung der Gewässerökologie, des Geschiebehaushaltes, der Naturgefahren und kleinklimatischer Auswirkungen, die fehlende Befassung mit dem Klimawandel, sowie die Nichtberücksichtigung der spezifischen Situation des Nationalparks Hohe Tauern.

Schlussfolgerungen:

Im Grundtenor findet die durchgeführte fachliche Prüfung Anerkennung als ein Schritt in die richtige Richtung, indem in einem Nachhaltigkeitsraster ökonomische und nicht ökonomische Faktoren auf gleicher Ebene behandelt wurden.

Die Forderungen nach einem generell breiteren Prüfansatz in Form einer Verknüpfung mit der gesamten Landesentwicklung und unter Einbeziehung grundsätzlicher energiepolitischer Fragestellungen entspricht nicht dem erteilten Auftrag an die Arbeitsgruppe und wäre im gesetzten zeitlichen Rahmen auch nicht machbar gewesen.

Die methodische Kritik in Bezug auf die soziale Akzeptanz ist berechtigt. Die diesbezügliche Beurteilung bloß auf Expertenmeinungen zu stützen war rückblickend kein tauglicher Ansatz.

Bei den inhaltlichen Anmerkungen zu den Prüfinhalten und deren Gewichtung ist eine Differenzierung angebracht: Manche spiegeln eine ausgeprägte Interessen- oder lokalpolitische Positionierung wieder und sind als solche in einem Diskussionsprozess zu respektieren.

Andere Stellungnahmen weisen tatsächlich auf einen ergänzenden Beurteilungsbedarf hin, der zwar den Rahmen der fachlichen Prüfung gesprengt hätte, der aber in der nun folgenden vertiefenden Prüfung ausgewählter Optionen jedenfalls zu berücksichtigen ist. Ein Teil der Vorbringen spricht vereinzelte Schwachpunkte im fachlichen Prüfbericht an, die unter dem enormen Zeitdruck der Bearbeitung nicht zu vermeiden waren. Bei jenen Optionen, die einer näheren Prüfung zugeführt werden, ist auch darauf Bedacht zu nehmen.

3.4 Weiteres Vorgehen

Dazu gibt es relativ wenige explizite Äußerungen, die jedoch eine sehr große Bandbreite aufweisen.

Eine Gruppe von Reaktionen fordert, in der Kraftwerksfrage „zurück an den Start“ zu gehen bzw. – anknüpfend an die energiepolitischen Anmerkungen laut Punkt 3.1 – ein gesamthaftes Vorgehen in der Energiepolitik, auch in Verknüpfung mit dem Zukunftsraum Tirol, einzuleiten.

Weitere Äußerungen betreffen die Offenlegung von Detailinformationen aus dem fachlichen Prüfbericht - siehe auch Punkt 3.2 - bzw. dessen Ergänzung und Korrektur in Bezug auf die vorgebrachte Kritik, sowie die Einsetzung einer „Begleitgruppe“ unter Einbeziehung der NGO`s bei den weiteren Vorbereitungsmaßnahmen.

Mehrfach wird angesprochen, dass die Möglichkeit der Stellungnahme zum „Synthesebericht“ wegen des generellen Charakters und auf Grund der Kurzfristigkeit keine ausreichende Einbindung darstellt. Weitere Äußerungen bleiben daher vorbehalten.

Nochmals wird in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der politischen Relevanz des fachlichen Prüfberichtes, u.a. nach der Gleichgewichtung der Nachhaltigkeitsfelder, aufgeworfen.

Für die weitere Bearbeitung wird die Anwendung eines modernen Planungsstandards vorausgesetzt.

Schlussfolgerungen:

Wie bei Punkt 3.2 gilt auch hier, dass ein offenes, transparentes Vorgehen mit ernsthafter Beteiligung der Betroffenen sich als „Grundstimmung“ durch sehr viele Stellungnahmen zieht. Wenn die in der Tendenz positive Wirkung der fachlichen Prüfung nicht „verpuffen“ soll, muss rasch allen unmittelbar Beteiligten und der Öffentlichkeit ein klares Bild des weiteren Vorgehens gegeben werden.

4. Stellungnahmen in Bezug auf einzelne Optionen

Seitens des Österreichischen Alpenvereins (OeAV) wird eine „generelle Ablehnung von Kraftwerksanlagen im Tauerntal, im Stubaital, im Gschnitztal und im Ötztal ausgesprochen.“

Die Tiroler Tourismusvereinigung spricht sich „generell für die Erhaltung der unberührten sensiblen Tiroler Hochgebirgstäler“ aus.

4.1 Zu den Optionen der Gruppe 1 (Optionen, die hinsichtlich aller vier Dimensionen der Nachhaltigkeit gute Bewertungen aufweisen)

Die Reaktionen zu den Optionen dieser Gruppe sind durch eine massive Ablehnung der Optionen 9 (Ausbau Sellrain-Silz durch Beileitungen aus dem Ötz-, Stubai- und Gschnitztal) und 15 (Matrei i.O.-Raneburg) geprägt.

Die Ablehnung der **Option 9** erfolgt auf breiter Basis. Vor allem wird sie getragen von den Gemeinden Neustift i.St., Trins und Gschnitz, der Kleinregion Stubaital und dem Planungsverband Wipptal. Weiters vom TVB Wipptal und seinen Ortsstellen Trins und Gschnitz, von mehreren Agrargemeinschaften und Alpinteressenschaften, sowie von verschiedenen Fischerei-Vereinigungen. Ebenso vom OeAV, Sektionen des DAV und den Naturfreunden.

Darüber hinaus gibt es dazu eine beträchtliche Zahl von Einzel-Stellungnahmen sowie Unterschriftenlisten von Bürgern und Gästen aus Gschnitz.

Die Gründe für die Ablehnung betreffen zentral den Verlust naturnaher Landschafts- und Erholungsräume sowie von Schutzgebieten und naturnahen Fließgewässern und damit verbunden der regionsprägenden Besonderheiten und somit der Grundvoraussetzung für den Tourismus.

Im Einzelnen wird v.a. geltend gemacht:

- Auswirkungen auf die Fischbestände,
- Bedrohung der Trinkwasservorräte,
- Einfluss auf den Grundwasserspiegel und den Schutzwald,
- Gefährdungen durch den Wasserschwall,
- Geschiebe-Problematik in den „Restwasserstrecken“,
- Wegfall natürlicher Weidegrenzen und -tränken,
- Neuerrichtung von Baustraßen und von Ausbruchdeponien,
- Beeinträchtigung infolge des Schwerverkehrs in der Bauphase,
- Imageverlust im Tourismus und des Alleinstellungsmerkmals der unbeeinträchtigten Natur und Wasserwelt,
- Auswirkungen auf die Besucherzahlen der Berghütten,
- Verlust an Paddelstrecken,
- Sorge, dass weitere Bäche beigeleitet werden,
- Beitrag zur Energieversorgung durch bestehende Ableitungen und durch das ÖBB-Kraftwerk ohnehin schon geleistet,
- Beeinträchtigung der Unterliegerkraftwerke am Gschnitzbach und an der Sill.

Hinsichtlich der bei dieser Option ebenfalls vorgesehenen Beileitungen aus dem Ötztal (Fischbach und Sulzbach) wurden keine speziellen Äußerungen abgegeben.

Zur **Option 12** (Ausbau Achensee-Kraftwerk) gibt es eine Befürwortung durch die Standortgemeinden sofern entsprechende Ausgleichsmaßnahmen (v.a. am Achensee) gesetzt werden.

In Bezug auf die **Option 15** sind die Reaktionen zwar noch zahlreicher wie zur Option 9 und ist die Emotionalisierung von Teilen der Bevölkerung beträchtlich. Vor allem bei den Äußerungen von Institutionen ist jedoch eine Bandbreite der Meinungen zu erkennen, die auch Gesprächsbereitschaft zur Lösung bestimmter aufgeworfener Probleme mit ein-

schließt. Auch zu dieser Option liegen zahlreiche Äußerungen vor, die zum Teil eine klare Ablehnung, zum Teil die Forderung nach Projektänderungen und zum Teil die Forderung nach Klärung konkreter Fragen zum Gegenstand haben.

Der Gemeinderat von Matri i.O. lehnt mehrheitlich die Option 15 in der derzeitigen Form ab, bleibt aber gesprächsbereit. Der TVB Nationalparkregion lehnt das Ausgleichsbecken Hinterau ab, sieht sonst aber auch positive Aspekte. Eine breite Reaktion gibt es von bürgerlicher Seite - Bezirkslandwirtschaftskammer, Bezirks- und Ortsbauernrat, Agrargemeinschaften und Landwirten - unter Hinweis auf massive Auswirkungen auf die Landwirtschaft. Die Direktion des Tiroler Nationalparks Hohe Tauern, der Verein zum Schutz der Erholungslandschaft Osttirol, die Grünen Osttirols, das Ideenforum Osttirol und der OeAV machen schwerste Bedenken geltend oder lehnen das Vorhaben ab. Ablehnend äußern sich auch der Kajakklub Osttirol und der Fischereiverband.

Darüber hinaus gibt es zu dieser Option eine große Zahl individueller Stellungnahmen, die durch Unterschriftenlisten verstärkt werden.

Inhaltlich spielen bei dieser Option folgende Aspekte eine besondere Rolle:

- Sorge vor Sicherheitsproblemen, v.a. Lawinen- und Mureneinstöße in den Speicher Raneburg, psychisches Problem durch den Speicher in unmittelbarer Siedlungsnähe,
- Beeinträchtigung des Erholungsraumes und Störung des Gesamtimages der Region als „Tor zum Nationalpark“, besonders kritisch wird das Ausgleichsbecken Hinterau gesehen (Naherholungsfunktion), aber auch Proseggklamm und Wanderweg im Tauerntal würden beeinträchtigt, der Tourismusverband sieht in Bezug auf den Speicher Raneburg auch mögliche positive Aspekte,
- Auswirkungen auf die Landwirtschaft durch Flächenverlust, Existenzgefährdung von Idw. Betrieben, indirekte Auswirkungen auf Almbewirtschaftungen, Beeinträchtigung eines Jagdrevieres,
- generelles Problem aus Sicht der Fischerei, v.a. der Fliegenfischerei (wesentliche Grundlage für touristische Leitbetriebe in Matri), ebenso Einwendungen seitens Wassersportler,
- Sorge wegen möglicher problematischer kleinklimatischer Auswirkungen, v.a. des Ausgleichsbeckens Hinterau,
- starke Bedenken in Bezug auf Auswirkungen auf Gewässerökologie und Geschiebehauhalt auch auf Isel und Drau,
- Unklarheit in Bezug auf den Zusammenhang zwischen den Optionen 15 und 16, Sorge vor Wiederaufleben des Dorfertal-Projektes,
- Unklarheit in Bezug auf notwendige Leitungsbauten,
- nicht berücksichtigte Zusatzkosten wegen der Verlegung der TAL und der Felbertauern Straße.

4.2 Zu den Optionen der Gruppe 2 (Optionen, die hinsichtlich der technisch-energiewirtschaftlichen Dimension optimiert sind)

Auf den ersten Blick verwundert es, dass im Vergleich zu den Optionen 9 und 15 zu dieser Gruppe von Optionen relative wenige Äußerungen eingegangen sind. Dafür gibt es zwei Gründe: Erstens hat im Ötztal die Diskussion bereits sehr früh eingesetzt und sind zahlreiche Reaktionen noch vor der Durchführung der fachlichen Prüfung bzw. der jetzt dazu gebotenen Stellungnahmemöglichkeit erfolgt. Zweitens wurde offensichtlich die kritische Beurteilung dieser Optionen, insbesondere der Option 5 (mit Speicher Sulztal) in der fachlichen Prüfung zur Kenntnis genommen. Diesbezüglich wird nun offensichtlich abgewartet, welche Schlussfolgerungen die Politik aus diesen Einstufungen zieht.

Insgesamt sind die bisherigen Reaktionen auf diese Optionen durchgehend sehr kritisch bis ablehnend. V.a. trifft dies für die Position des Österreichischen und des Deutschen Alpenvereines (gesamt sowie mehrerer Sektionen) aber auch der Tiroler Tourismusvereinigung zu. Dabei wird im übrigen auch die relative Besserbewertung der Option 3 (mit Speicher Rofenache) gegenüber der Option 2 (mit Speicher Riffelsee) in Frage gestellt.

Die Gemeinde Kaunertal erwartet sich ihre fachliche Einbeziehung um die Interessen der unmittelbar Betroffenen in Entscheidungsprozessen einzubringen sowie eine Unterstützung des Tourismus als der Kernkompetenz des Landes seitens des Landes. Von den Gemeinden des Ötztales liegen noch keine Stellungnahmen vor, Sölden kündigt eine solche bis Ende August an.

Dem gegenüber gibt es klar ablehnende Stellungnahmen von der Gemeinde St. Leonhard i.P. und vom Tourismusverband Pitztal gegen die Errichtung eines Speichers Riffelsee und Bachableitungen in diesem Bereich. Dem schließt sich inhaltlich auch die Agrargemeinschaft Taschachalpe und der Vorstand des Vereins Naturpark Kaunergrat an.

Die Naturfreunde (Sektion Paddeln) befürchten negative Auswirkungen auf die Wassersportausübung und das gewerbliche Rafting auf der Ötztaler Ache.

Die Agrargemeinschaft Sulztalalpe lehnt die Option 5 ab und verweist auf ca. 6.000 diesbezügliche Unterstützungsunterschriften.

Inhaltlich spielen in den vorliegenden Äußerungen folgende Themen eine besondere Rolle:

- Auswirkungen auf Natur, Landschaft, Erholungsräume sowie „sanfte“ Freizeitinfrastruktur und damit auf Standbeine des Tourismus, dabei besondere Betonung des Bereiches Riffelsee einerseits und des Bereiches Ventertal andererseits,
- Eingriffe in Schutzgebiete und in Natura 2000-Gebiete,
- Bestandsgefährdungen für alpine Hütten,
- Kritik an unzureichender Würdigung der kleinräumigen touristischen Auswirkungen,
- notwendige Sorgfalt bei erforderlichen Leitungsbauten im Kaunertal,
- negative Auswirkungen auf die Almwirtschaft und zugehörige Heimbetriebe sowie auf die Jagd.

4.3 Zu den Optionen der Gruppe 3 (Optionen, die technisch schwach eingeschätzt wurden, die aber auch in den anderen Dimensionen der Nachhaltigkeit nicht besonders gut abschneiden)

Durch die negative Beurteilung in der fachlichen Prüfung hielt sich das weitere Interesse an diesen Optionen in engen Grenzen und es sind daher nur wenige Äußerungen eingelangt.

Bezüglich der **Option 1** (Speicherkraftwerk Malfontal) teilt die Gemeinde Pettneu im Einvernehmen mit dem Tourismusverband und der Agrargemeinschaft mit, dass es dagegen keine grundlegenden Einwendungen gibt, sofern „eine Optimierung der Anlage“ erfolgt.

Die Ablehnung der **Option 11** (Speicherkraftwerk im Stubaital, mit Beileitungen auch aus dem Gschnitztal) wird von jenen Institutionen bekräftigt, die sich auch gegen die Option 9 ausgesprochen haben.

Eine Reihe von ablehnenden Äußerungen gibt es schließlich zur Option 16 (Iselstufe Matrei-Lienz).